

Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland

Experten fordern flächendeckende Hospiz- und Palliativversorgung auch für Menschen mit Demenz

Berlin, 19. September 2014. Bei einem Expertensymposium zur „Betreuung von Menschen mit Demenz am Lebensende“ im Bundesfamilienministerium in Berlin forderten die anwesenden Expertinnen und Experten die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von dementiell erkrankten Menschen auch an ihrem Lebensende. „In der Zunahme von Demenzerkrankungen liegt eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft, der sich auch die Hospiz- und Palliativversorgung dringend stellen muss“, so Prof. Dr. Lukas Radbruch, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin.

„Mit der am 15. September durch die Bundesminister Schwesig und Gröhe sowie durch die Gestaltungspartner der „Allianz für Menschen mit Demenz“ unterzeichneten Agenda - die Grundsteinlegung für eine nationale Demenzstrategie - sowie dem Entwurf eines Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, indem auch eine Freistellung zur Sterbebegleitung vorgesehen ist, leisten wir wichtige Beiträge zur Verbesserung der Lebenssituation Demenzerkrankter auch in der letzten Lebensphase und letztlich zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. In dem Entwurf des Gesetzes, das zum 1. Januar 2015 in Kraft treten soll, ist erstmals auch ein Rechtsanspruch zur Freistellung von der Arbeitsleistung für jene Beschäftigten vorgesehen, die einen nahen Angehörigen im Sterbeprozess begleiten“, so die Vertreterin des Bundesfamilienministeriums, Adelheid Braumann.

Das Symposium ist eine Veranstaltung zur Nationalen Strategie der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“. Die Charta, getragen vom Deutschen Hospiz- und Palliativverband, der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin und der Bundesärztekammer, formuliert Ziele, Strategien und Forderungen, die zu einer verbesserten Betreuung und Versorgung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland beitragen sollen.

Markus Grübel, Parlamentarischer Staatssekretär und Sprecher des Interfraktionellen Gesprächskreises Hospiz des Deutschen Bundestages begrüßte, dass auch die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Demenzerkrankungen im Charta-Prozess aufgegriffen werden. „Wir brauchen eine Gesellschaft, die Verständnis für Menschen mit Demenz, ihre Angehörigen und ihre Pflegepersonen hat.“

Ziel des Charta-Prozesses und der Nationalen Strategie ist es, die in der Charta formulierten Leitsätze mit Unterstützung der Politik auf der Bundes-, Länder- und kommunalen Ebene systematisch so umzusetzen, dass jeder Betroffene unabhängig von der zugrunde liegenden Erkrankung, der persönlichen Lebenssituation oder vom Versorgungsort eine qualitativ hochwertige palliative und hospizliche Behandlung und Begleitung erhält.

„Das muss auch für Menschen mit Demenz gelten. Die aktuelle Debatte um die gewerbliche, organisierte oder gar ärztliche Beihilfe zum Suizid macht deutlich, dass wir der weit verbreiteten Angst vor Würdeverlust in Pflegesituationen und bei Demenz durch eine Kultur der Wertschätzung gegenüber alten, kranken und sterbenden Menschen sowie flächendeckende Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung gerade auch für diese Menschen begegnen müssen“, so Prof. Dr. Winfried Hardinghaus, komm. Vorsitzender des DHPV.

Dringend zu klären sind Fragen wie diese: Sind Palliativstationen und Hospize geeignet für Patienten mit einer Demenzerkrankung? Wie können Pflegeeinrichtungen in die Lage versetzt werden, die hohe Anzahl demenzerkrankter Bewohner bis zu ihrem Lebensende eng entlang ihrer Bedürfnisse zu betreuen? Wie kann die Begleitung eines sterbenden demenzerkrankten Menschen zuhause aussehen - mit einem oft ebenfalls hochaltrigen Ehepartner?

www.charta-zur-betreuung-sterbender.de

Kontakt: Franziska Kopitzsch, Charta-Geschäftsstelle, Aachener Str. 5, 10713 Berlin, Tel: 030 8200 758 25